



Eidgenössische Volksinitiative für eine Neugestaltung des Wirtschaftssystems zu einer gemeinschaftlichen Kontingentwirtschaft

Initiativtext

Geänderte Artikel

Art. 2 Zweck

⁵ Sie koordiniert und organisiert die Wirtschaft zum Wohle der Menschheit und der Natur, für eine gleichmässige Verteilung der Ressourcen, eine gemeinsame Entwicklung der Menschheit, ein nachhaltiges Zusammenleben mit der Umwelt und ein grösstmögliches Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung.

⁶ Um diese Zwecke zu erfüllen, führt sie die Wirtschaft nach **Art. 6a**.

Art. 6a Grundsätze der Wirtschaftsordnung *mit Übergangsbestimmung

¹ Die Wirtschaft wird nach Grundsätzen von **Art. 6b – 6n** geführt:

Art. 6b Wirtschaftsform

¹ Die Schweizerische Eidgenossenschaft sieht sich gegen aussen als private, nicht-gewinnorientierte Wirtschaftseinheit.

² Der wirtschaftliche Rahmen wird durch die drei Grundsätze würdevolle Nachhaltigkeit, Gemeinschaftlichkeit und Subsidiarität festgelegt.

³ Die Aufteilung von wirtschaftlichen Gütern und Einhaltung der Grundsätze wird über Kontingente geregelt.

⁴ Höchster Entscheidungsträger ist die Bevölkerung, sie kann nach Wunsch und Möglichkeit die Wirtschaft innerhalb der Rahmenbedingungen direktdemokratisch führen.

Art. 6c Würdevolle Nachhaltigkeit

¹ Die belebte Natur erhält genügend Raum zur freien Entwicklung.

² Die Wirtschaft ist nach Möglichkeit in gesunden Kreisläufen mit der Natur gestaltet.

³ Tiere dürfen nicht gequält und/oder misshandelt werden.

⁴ Der gesamte Schaden durch die Wirtschaft und Menschheit muss kleiner sein, als die Regenerations- und Pufferfähigkeit der belebten und unbelebten Natur.

a. Dabei darf stabilisierend auf grössere Prozesse eingewirkt werden, sofern die belebte Natur ansonsten bedroht wird oder Leben nicht möglich ist.

b. Als Kriterium gelten alle Daten, welche wissenschaftlich erhoben werden können.

Art. 6d Gemeinschaftlichkeit

¹ Die Wirtschaft basiert auf Zusammenarbeit, gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamer Entscheidungsfindung.

² Der Fortschritt soll allen Menschen und der Natur zugutekommen.

³ Forschung, Fortschritt, Technologie, Baupläne sowie Rohstoffe, wirtschaftliche Ressourcen und wirtschaftliche Güter werden, innerhalb der Wirtschaftseinheit, allen Regionen gleichermassen zugänglich gemacht und gemeinsam entwickelt.

- a. Besonders im elektronischen und mechanischen Bereich sollen wirtschaftliche Güter möglichst einheitlich, modular, langlebig sowie leicht reparier- und erneuerbar sein.
- b. Die Nutzung von gefährlichen Technologien wird gemeinsam nach ethischen Grundsätzen bestimmt.

⁴ Alle Menschen innerhalb einer Wirtschaftseinheit erhalten den gleichen Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen, Produktionsstätten sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen, um sich frei entfalten zu können.

Art. 6e Subsidiarität

¹ Die Menschen können ihre direkte Umgebung, im Rahmen der Gemeinschaftlichkeit und Nachhaltigkeit, frei gestalten.

² Die lokale Bevölkerung kann die Wirtschaft auf Gemeindeebene selbst planen und gestalten.

³ Alle wirtschaftlichen Güter werden in einer möglichst kleinen Region in Selbstversorgung produziert.

- a. Wirtschaftliche Güter, welche auf Gemeindeebene hergestellt werden können, werden durch die örtliche Bevölkerung direktdemokratisch organisiert.
- b. Wirtschaftliche Güter, welche auf kantonaler Ebene hergestellt werden können, werden durch die Gemeinden und die Bevölkerung organisiert.
- c. Wirtschaftliche Güter, für welche eine Selbstversorgung vorerst nur auf Bundesebene möglich ist, werden durch die Kantone und die Bevölkerung organisiert.
- d. Die höhere Ebene kann bei Problemen und auf Wunsch Unterstützung anbieten.

⁴ Die Menschen gestalten ihre direkte Umgebung gemeinsam nach ihren Wünschen.

- a. Mitarbeiter organisieren und gestalten die Betriebe gemeinsam.
- b. Bewohner organisieren und gestalten ihre Wohnhäuser.
- c. Interessensgruppen organisieren und gestalten ihre Anlagen und Güter.

Art. 6f Kontingente

¹ Die Wirtschaft wird auf der Grundlage von Kontingenten geführt, es gibt keine anderen Zahlungsmittel innerhalb der Wirtschaftseinheit.

² Zweck der Kontingente:

- a. Die Kontingente verbinden die würdevolle Nachhaltigkeit und die gleichmässige Aufteilung der Ressourcen.
- b. Sie geben der Wirtschaft die maximal verwendbare Menge an Ressourcen zur Erzeugung von Produkten vor, diese werden als Ressourcenkontingente bezeichnet.
- c. Sie dienen als Zahlungsmittel, welche einen Gegenwert zu den Ressourcenkontingenten darstellen, dieses wird als Wertkontingent bezeichnet.
- d. Sie dienen als Preise der wirtschaftlichen Güter in Form von Wertkontingent und werden durch die Ressourcenkontingente berechnet, welche für die Herstellung, den Verbrauch und die Entsorgung benötigt werden.

Art. 6g Berechnung der Kontingente

¹ Es können Modelle und Vereinfachungen für die Berechnungen genutzt werden, solange die würdevolle Nachhaltigkeit gegeben ist.

² Die Ressourcenkontingente errechnen sich anhand der maximalen, in würdevoller Nachhaltigkeit erzeug- und verbrauchbaren Ressourcenmenge in Bezug auf die Wirtschaftseinheit.

³ Es werden dabei alle bekannten und wissenschaftlich messbaren, kurz- und langfristig schädlichen Konsequenzen für die Natur und Menschen ermittelt und berücksichtigt.

⁴ Zu den Ressourcen gehören:

- a. Land, bzw. die verschiedenen Formen der Nutzbarkeit des Landes
- b. Rohstoffe aller Art
- c. Schadstoffe aller Art

Es können weitere Ressourcenkontingente errechnet werden, sofern dies für die gleichmässige Aufteilung und würdevolle Nachhaltigkeit notwendig ist.

⁵ Bei der Berechnung der Rohstoffkontingente wird die Seltenheit der Rohstoffe mit berücksichtigt.

⁶ Die Wertkontingente widerspiegeln die Ressourcenkontingente als Zahlungsmittel und in den Produktpreisen.

⁷ Die Wertkontingente für verschiedene Ressourcen können in eine einheitliche Form umgerechnet werden.

⁸ Für die Umrechnung in ein einheitliches Kontingent wird die Auslastung der einzelnen Kontingente ins Verhältnis gesetzt.

⁹ Rohstoffe und wirtschaftliche Güter welche gehandelt werden, müssen auf ihre Umweltbelastung überprüft und in die Berechnung miteinbezogen werden.

Art. 6h Verteilung der Ressourcenkontingente

¹ Die Schweizer Eidgenossenschaft bestimmt über Systeme wie die Ressourcenkontingente, auf die verschiedenen Betriebe und Regionen zur Produktion von wirtschaftlichen Gütern verteilt werden.

² Die Systeme zur Verteilung der Ressourcenkontingente werden immer durch die Bevölkerung in einer Abstimmung beschlossen.

³ Auf Bundesebene wird die Verteilung auf die Kantone und bundesweite Betriebe geregelt.

⁴ Auf kantonaler Ebene wird die Verteilung auf die Gemeinden und kantonsweite Betriebe geregelt.

⁵ Auf Gemeindeebene wird die Verteilung auf die einzelnen örtlichen Betriebe geregelt, welche nicht durch die Bevölkerung auf Kantons- oder Bundesebene organisiert werden.

⁶ Die Verteilung der Ressourcenkontingente wird auf Gemeindeebene direkt durch die Bevölkerung geregelt.

Art. 6i Aufteilung der Wertkontingente als Zahlungsmittel

¹ Ein Gegenwert der so errechneten Ressourcenkontingente wird als Zahlungsmittel gleichmässig auf die Bevölkerung in der Schweiz aufgeteilt.

² Dabei können auf allen Ebenen Abzüge gemacht werden, welche zur Erfüllung der Aufträge und Aufgaben der jeweiligen Ebene notwendig sind.

- a. Sie können direkt von den Ressourcenkontingenten und/oder von den Wertkontingenten gemacht werden.
- b. Die Verwendung dieser Kontingente muss transparent sein und spätestens jährlich ausgewiesen werden.

³ Kinder erhalten ein Wertkontingent in demokratisch festgelegter Höhe, welches von den Erziehungsberechtigten Personen verwaltet wird und für das familiäre Zusammenleben genutzt werden kann.

⁴ Die Bevölkerung kann auf Gemeindeebene die Aufteilung der Wertkontingente zur besseren Gestaltung der Wirtschaft anpassen.

- a. Sie kann unbeliebte Arbeiten besser entlohnen und spezielle Leistungen belohnen.
- b. Zum Ausgleich senkt sich die erhaltene Grundmenge an Wertkontingent bei allen, wobei der Gesamtwert der Zahlungsmittel aller Personen einer Region, die berechnete Menge für diese Region nicht übersteigen darf.
- c. Dabei werden auswärtige Arbeiten gleich bewertet, wie Arbeit innerhalb der jeweiligen Gemeinden.
- d. Der Unterschied in der Grösse erhaltenen Grundmenge an Wertkontingent darf auf Gemeindeebene nicht mehr als 100% des kleinsten Kontingents betragen.
- e. Die Grundversorgung einer Person darf dadurch nicht gefährdet werden.

⁵ Die Wertkontingente sind Persönlich und nicht übertragbar, ihr Wert erlischt bei Bezahlung.

⁶ Die Wertkontingente werden regelmässig den einzelnen Personen zur Verfügung gestellt.

- a. Nicht verwendete Wertkontingente bleiben bis zum Tod der Person erhalten.

⁷ Das System zur Aufteilung der Wertkontingente wird durch die Bevölkerung in einer Abstimmung festgelegt.

Art. 6j Berechnung der Preise für wirtschaftliche Güter

¹ Die Preise der wirtschaftlichen Güter beinhalten die gesamten benötigten Ressourcenkontingente zur Herstellung, Verteilung und Entsorgung der Güter, einschliesslich der Verluste bei der Herstellung und dem Vertrieb sowie der beim Konsum entstehenden Umweltbelastung.

Art. 6k Erhebung der Bedürfnisse und Organisation der Güterproduktion

¹ Die Bevölkerung kann auf allen Ebenen nach demokratischen Prinzipien Modelle erstellen und Systeme einführen, um die Erhebung der Bedürfnisse und die Güterproduktion zu Regeln.

Art. 6l Wirtschaftliches Eigentum

¹ Alle Produktionsmittel, Gebäude und wirtschaftlichen Güter sind Eigentum der lokalen Bevölkerung.

- a. Daraus hergestellte Güter sind Eigentum der Bevölkerung und stehen einzelnen Personen gegen Wertkontingent zur Verfügung.
- b. Durch Wertkontingent erworbene Güter sind privates Eigentum.
- c. Privates Eigentum darf nicht gegen Zahlungsmittel verkauft werden.

² Betriebe und Einrichtungen welche durch verschiedene Regionen gemeinsam geführt werden, sind Eigentum der Bevölkerung aus allen Regionen welche sich beteiligen.

³ Es gibt kein Eigentum an Boden.

- a. Daraus gewonnene Rohstoffe sind Eigentum der Bevölkerung der Wirtschaftseinheit.
- b. Der Boden kann von der lokalen Bevölkerung, im respektvollen Umgang mit der Natur, genutzt und gestaltet werden.
- c. Durch Wertkontingent kann ein Nutzungsrecht erworben werden.

⁴ Die Schweizerische Eidgenossenschaft besitzt kein Eigentum ausserhalb der Schweiz.

- a. Ausgenommen sind Transportmittel zur Umsetzung der Handelsaufgaben sowie gemeinsam geführte Betriebe und Einrichtungen innerhalb der auf diesen Prinzipien beruhenden Wirtschaftseinheit.

Art. 6m Internationale Gemeinschaft

¹ Die Schweizer Eidgenossenschaft strebt eine Wirtschaftseinheit mit allen Regionen an, welche die Wirtschaft nach den gleichen Prinzipien führt.

² Sie unterstützt andere Regionen im Aufbau einer solchen Wirtschaft mit politischer, juristischer, technologischer und praktischer Hilfe, sofern Ressourcen zur Verfügung stehen.

³ Sie unterstützt innerhalb der Wirtschaftseinheit eine gemeinsame Koordination in den notwendigen Bereichen, setzt sich für eine gleichmässige Verteilung der Ressourcen ein und fördert den freien technologischen und wissenschaftlichen Austausch mit allen Regionen.

⁴ Sie erlässt Strukturen und Gesetze um die Bereicherung ausländischer Privatpersonen und Investoren an der Schweizer Wirtschaft zu verhindern.

Art. 6n Organisation der Wirtschaft

¹ Bund, Kantone, Gemeinden und Bevölkerung führen die Wirtschaft gemeinsam.

² Der Bund ist für die Rahmenbedingungen und die internationale Wirtschaft zuständig.

³ Kantone, Gemeinden und Bevölkerung sind für die Schweizerische Wirtschaft zuständig.

⁴ Bund und Kantone können wirtschaftliche Forderungen an die Bevölkerung der Gemeinden stellen, um ihre Aufgaben umzusetzen.

- a. Der Rahmen für diese Forderungen wird durch die Bevölkerung in Abstimmungen festgelegt.

⁵ Es besteht das fakultative Referendum und das Initiativrecht.

Art. 26 Eigentumsгарantie *mit Übergangsbestimmung

¹ Jeder Mensch hat das Recht auf ein gleich grosses Kontingent zur Umweltbelastung und Nutzung unseres Lebensraumes.

- a. Die damit erworbenen und unterhaltenen wirtschaftlichen Güter stellen das Eigentum dar.
- b. Dieses Eigentum ist gewährleistet.

Art. 27 Berufsfreiheit

¹ Die Berufsfreiheit ist gewährleistet.

Art 27. Abs. 2 aufgehoben

Art. 94 Zuständigkeiten

Die Aufgabe werden, in der Wirtschaftsform gemäss **Art. 6a**, folgendermassen verteilt:

Art. 94 Abs. 2, 3 und 4 aufgehoben

Art. 94a Aufgaben des Bundes

¹ Der Bund führt Messungen und Berechnungen aus, um die Kontingente für die Bevölkerung der Schweiz zu ermitteln.

- a. Er berücksichtigt dabei Daten aus der Bevölkerung.

² Der Bund errechnet zusammen mit den Kantonen, Gemeinden und Betrieben den Wert der hergestellten wirtschaftlichen Güter.

³ Der Bund ist zuständig für den Wechselkurs von Kontingent und fremder Währung, um den internationalen Handel, private Bestellungen im Ausland und Reisen ins Ausland zu ermöglichen.

- a. Es darf keine zusätzliche Umweltbelastung durch den Wechselkurs entstehen.
- b. Wechselkurse innerhalb der Wirtschaftseinheit aber ausserhalb des Landes, können über die Verhältnisse der Ressourcenkontingente berechnet werden, sofern keine gemeinsame Berechnung vorliegt.
- c. Eine gemeinsame Berechnung wird angestrebt.
- d. Reisende in die Schweiz dürfen nicht mehr Geld in Kontingent umtauschen, als es in der gleichen Aufenthaltszeit der Bevölkerung in der Schweiz zur Verfügung steht.
- e. Für private Bestellungen im Ausland können eigene Wechselkurse für verschiedene Produktkategorien unterschiedlich sein, in Abhängigkeit vom Verhältnis des Preises und der Umweltbelastung.
- f. Für sehr teure, aber Ressourcen schonende Produkte können Einschränkungen gesetzt werden.

⁴ Er sorgt für genügend Währungsreserven um den internationalen Handel, private Bestellungen im Ausland und Reisen ins Ausland zu ermöglichen.

⁵ Der Bund regelt und organisiert den wirtschaftlichen Handel und Rohstoffaustausch mit dem Ausland.

- a. Durch den Handel darf keine zusätzliche Umweltbelastung entstehen.
- b. Der Bund ist verpflichtet, die Herkunft der Rohstoffe zu überprüfen.
- c. Mit Rohstofflieferanten, welche unnötige Umweltbelastung verursachen oder Menschen unter unwürdigen Zuständen arbeiten lassen, ist der Rohstoffhandel untersagt.
- d. Er kann solche Lieferanten in der Umstellung auf Nachhaltigkeit und faire Arbeitsbedingungen unterstützen.
- e. Er kann dafür Fachpersonal und Technologie zur Verfügung stellen, sofern vorhanden.
- f. Zeigen die Verhältnisse beim Lieferant deutliche Besserung und stellt der Lieferant innert 3 Jahre die Produktion der Rohstoffe um, so kann der Bund weiter mit diesem Lieferanten handeln.

Er kann anderen Ländern wirtschaftliche Ressourcen und Güter, Technologie, freiwillige Fachkräfte und Geldmittel aus den Währungsreserven anbieten, sofern diese zur Verfügung stehen oder hergestellt werden können.

⁶ Der Bund organisiert den Gütertransport im Ausland.

- a. Er kann dafür notwendige Transportmittel anschaffen und unterhalten.

⁷ Der Bund führt diese Aufgaben in vollständiger Transparenz und auf die demokratisch festgelegte Weise aus, es gibt keine geheimen Verhandlungen.

Art. 94b Aufgaben der Kantone und Gemeinden

¹ Kantone koordinieren die bundesweite Wirtschaft und Gemeinden die kantonale Wirtschaft in der demokratisch festgelegten Form.

² Kantone, Gemeinden und Bevölkerung erheben zusammen die gesellschaftlichen Bedürfnisse welche nicht auf andere Art erfüllt werden können.

- a. Dabei werden neben dem durchschnittlichen Verbrauch für den täglichen Bedarf, Möglichkeit geboten um neu entstehende oder unerfüllte Wünsche anzubringen.

Art. 95 Rechte der Bevölkerung

¹ Die Bevölkerung hat das Recht die Wirtschaft auf allen Ebenen selbständig zu gestalten, sobald geeignete Möglichkeiten zur Umsetzung bestehen und die Wirtschaftsform gem. **Art 6a** eingehalten wird.

² Jede Person kann mit ihrem Wertkontingent ihren privaten Konsum frei gestalten.

- a. Sie darf keine weitere wesentliche Umweltbelastung verursachen.
- b. Weitere Einkommen und das Führen ausländischer Konten sind verboten.

³ Jede Person hat das Recht, alleine oder in einer genossenschaftlichen Gruppe einen Betrieb selbständig zu führen.

- a. Eigentümer des Betriebes bleibt die örtliche Bevölkerung.
- b. Die lokale Bevölkerung legt die genaueren Bestimmungen zur Förderung und Unterhalt von selbständigen Betrieben fest.
- c. Die hergestellten Güter sind wirtschaftliches Eigentum gemäss **Art. 6/**.

Art. 96, 99, 100, 104 Abs. 3 a, b, f, 106 aufgehoben

Art. 196 Übergangsbestimmungen gemäss Bundesbeschluss vom 18. Dezember 1998 über eine neue Bundesverfassung

Übergangsbestimmung zu Art. 26 (Eigentumsgarantie)

¹ Das Vermögen wird bei der Umstellung auf die gemeinschaftliche Kontingentwirtschaft, bis zu einem Wertkontingent von 10 Jahren vergütet.

- a. Die Anzahl Jahre, welche eine Person an Wertkontingent erhält, errechnet sich aus dem Wertvermögen der Person geteilt durch das durchschnittliche steuerbare Einkommen der letzten 10 Jahre, mindestens aber 30'000.-
- b. Hierzu zählen alle in- und ausländischen Geld- und Vermögenswerte einschliesslich Bodenwerte.
- c. Der Rentenanspruch von Personen mit Wohnsitz ausserhalb der Schweiz sowie die Art der Auszahlung dieses Anspruchs, können durch die Schweizerische Eidgenossenschaft neu bestimmt werden.

² Gegenständliches Eigentum bleibt auf Wunsch erhalten, solange es mit dem persönlichen Kontingent des Eigentümers unterhalten werden kann.

- a. Privates Eigentum darf gemäss **Art. 6/** Abs. 1c nicht gegen Zahlungsmittel verkauft werden und keine zusätzliche Umweltbelastung zur Folge haben.
- b. Jegliches Eigentum, welches nicht durch Wertkontingent unterhalten werden kann, fällt zurück an die örtliche Bevölkerung.
- c. Eigentum im Ausland wird bei der Umstellung auf die gemeinschaftliche Kontingentwirtschaft, an die dort ansässige Bevölkerung übertragen.

³ Nutzungsrechte bleiben erhalten, solange sie durch Wertkontingent gedeckt werden können.

⁴ Eigentum auf Schweizer Boden, von Eigentümern mit Hauptwohnsitz ausserhalb der Schweiz, wird bei der Umstellung auf die gemeinschaftliche Kontingentwirtschaft gemäss **Art. 6/** an die Bevölkerung der Schweiz übertragen.

- a. Ausgenommen sind Transportmittel sowie gemeinsam geführte Betriebe und Einrichtungen innerhalb einer auf den Prinzipien gemäss **Art. 6a** beruhenden Wirtschaftseinheit.

Übergangsbestimmung zu Art. 6a (Grundsätze der Wirtschaftsordnung)

¹ 5 Jahre nach Annahme der Initiative stellt die Schweizer Eidgenossenschaft die Wirtschaft von der geldbasierten Marktwirtschaft auf die gemeinschaftliche Kontingentwirtschaft um.

² Sie kann dabei internationale Verträge kündigen und von internationalen Strukturen austreten, sofern diese hinderlich für die gemeinschaftliche Kontingentwirtschaft sind.

- a. Alle wirtschaftlichen Verträge und Strukturen, welche gegen den Art. 2 der Verfassung verstossen, werden als ungültig erachtet und innerhalb der Frist gekündigt, sofern diese nicht angepasst werden.

³ Sie kann bei der Umstellung auf die gemeinschaftliche Kontingentwirtschaft, systemrelevante Grossunternehmen entschädigen und aufkaufen.

- a. Eigentümer wird die lokale Bevölkerung, der Bund erhält Nutzungsrechte, sofern sie zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt werden.

⁴ Sie kann alle zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzen, um die Technologien, Maschinen, Programme, Netzwerke sowie die Kultur aufzubauen, welche für die gemeinschaftliche Kontingentwirtschaft notwendig sind.

⁵ Sie hat weitere 10 Jahre Zeit, die würdevolle Nachhaltigkeit vollständig umzusetzen.